

Stellungnahme / Antwort

zu Antrag-/Anfrage Nr. **AF/0075/2010**

der Stadtratssitzung am 16.09.2010

Punkt: ö.S. / nö.S.

Betr.: Anfrage der BIZ-Ratsfraktion zu den Maßnahmen der Verwaltung zur Entschärfung der innerstädtischen Parkplatzproblematik

Stellungnahme/Antwort

Die Pkw-Stellplätze auf dem Clemensplatz wurden in die Tiefgarage unter dem Schlossplatz verlegt. Diese nimmt auch die übrigen Stellplätze auf, die zugunsten von landschaftsplanerischen und städtebaulichen Aufwertungsmaßnahmen im Bereich Stresemannstraße – Konrad-Adenauer-Ufer – Danziger Freiheit in den letzten zwei Jahren weichen mussten. In diesem Bereich gibt es keinen Wegfall, sondern nur eine veränderte Lage und Tarifierung der Parkstände.

Der Wegfall der 450 Stellplätze der Tiefgarage Zentralplatz ist nur vorübergehend, weil der Ersatz durch eine größere Anlage auf dem Areal geplant ist und 2012 fertiggestellt werden soll. Danach werden sogar mehr Stellplätze als zuvor zur Verfügung stehen. Mangels entsprechender Flächen und Finanzen kann die Verwaltung keinen Ersatz für die entsprechende Bauphase anbieten. Bei der Beurteilung der Auswirkung der Schließung der Tiefgarage Zentralplatz ist zu berücksichtigen, dass die Anlage nicht sehr beliebt und von daher im Allgemeinen nur mäßig ausgelastet war.

Zur Entspannung der Situation bemüht sich die Verwaltung um eine möglichst frühzeitige Fertigstellung der geplanten Parkdecks im Rahmen des Forums Mittelrhein. Daneben werden alternative Anreisemöglichkeiten attraktiviert, etwa durch den Bau bzw. Betrieb des Bahnhaltdepotpunkts Stadtmitte. Ferner gibt es Überlegungen um Abfangen der touristischen Zielverkehre durch ein innerstädtisches P+R-System (zwischen den Parkgaragen Schloss und Saarplatz), wobei die Finanzierung noch nicht gesichert ist.

Dass private Vermieter von Dauerparkständen auf Veränderungen bei Angebot und Nachfrage durch Anpassung der Mietpreishöhe reagieren, ist außerhalb der städtischen Einflussphäre. Die Stadt hat ihre Parkgebühren nicht erhöht, trotz der Reduzierung der Stellplätze im öffentlichen Straßenraum und den damit verbundenen Parkgebühren-Einnahmeverlusten und spezifischen Mehrkosten bei der Überwachung.

Die gegenwärtige Situation kann auch Anreiz für einige Pkw-Fahrer/innen sein, auf alternative Verkehrsmittel oder Fahrgemeinschaften umzusteigen. Dadurch können sich für die Betroffenen insgesamt Einsparungen ergeben, auch wenn sich bestimmte Parkstände verteuern sollten. Eine Verminderung des Fahrtenaufkommens, z.B. durch bessere Fahrzeugauslastung, trägt im Übrigen zur notwendigen Verbesserung der Luftsituation bei (Handlungsbedarf wegen Überschreitung der zulässigen NO₂-Grenzwerte; vgl. Luftreinhalteplan Koblenz 2008-2015).